FDP Rheingau-Taunus

PRESSEMITTEILUNG DER FDP IDSTEINER LAND ZUM KRIEG IN DER UKRAINE UND SEINENKONSEQUENZEN FÜR IDSTEIN

07.03.2022

Die FDP Idsteiner Land hat wegen der aktuellen Situation am 01. März 2022 eine Sondersitzung abgehalten und veröffentlicht zu den Ergebnissen der Beratungen folgende Pressemitteilung:
Die FDP Idsteiner Land verurteilt den völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Angriffskrieg des Putin-Regimes und versichert ihre Solidarität mit der
Ukraine und der notleidenden Bevölkerung. Neben den betroffenen Menschen in der Ukraine, müssen die Kriegsflüchtlinge in den Aufnahmestaaten mit Geld, Logistik und Sachspenden unterstützt werden. Von den bis heute aus der Ukraine geflohenen Menschen
sind laut UNHCR (Flüchtlingshilfsorganisation der UNO) dank der überwältigenden Hilfsbereitschaft der Anrainerstaaten, bis jetzt die meisten in Polen, Rumänien, Ungarn, und
Slowakei aufgenommen worden. Daher sollte das Hauptziel aller Hilfsmaßnahmen sein, die
Menschen in den dortigen Auffanglagern, vor Ort zu unterstützen. Für die nach Deutschland
gelangenden Menschen sind laut BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) bis jetzt
ausreichende Plätze in Unterkünften vorhanden.
Die von Putin gegen die NATO und die westliche Welt ausgesprochenen Kriegswarungen markieren ein Zeitenwende in Europa und beenden eine 30-jährige Friedensphase nach dem
Ende des Kalten Krieges. Mit der Entscheidung der Bundesregierung zur massiven

Abgerufen am 07.12.2025 unter https://fdp-rtk.de/?p=2410

Aufrüstung der Bundeswehr rückt auch der Schutz der Bevölkerung vor einem militärischen
Angriff in den Fokus der Betrachtung. Die letzten baulichen Maßnahmen in Idstein stammen aus den 70er-Jahren, damals wurden Schutzplätze in der Tiefgarage am Löherplatz
eingerichtet. Seit dieser Zeit sind diese zurückgebaut bzw. keine neuen errichtet worden. Daher sollte in das jetzt veröffentlichte Stadtentwicklungskonzept Idstein 2035 das Thema ziviler Bevölkerungsschutz einbezogen werden, Notfallpläne erstellt und geeignete Schutzräume von der Stadt eingerichtet und bekannt gegeben werden.Vor allem aber sind die existierenden Schutzmechanismen für kritische Infrastruktur (Wasser, Energie, Transport, Gesundheit, Verkehr) auf ihre volle Funktionsfähigkeit zu prüfen und ggfs. zu modernisieren und auszubauen. Dazu wird die FDP heute noch einen Antrag für die Beratungen in der kommenden Sitzungsrunde einreichen.
Die FDP Idsteiner Land betrachtet das Putin-Regime als den Aggressor in diesem Konflikt und nicht die russische Bevölkerung. Trotz der beschlossenen Sanktionen, unter denen vor
allem auch die russische Bevölkerung leiden wird, sollte die Zivilgesellschaft Russlands unterstützt werden. So soll u.a. die bestehende Städtepartnerschaft mit Uglitsch weiter gepflegt sowie der Austausch z.B. auf Vereinsebene zu russischen Bevölkerung am Leben erhalten werden. Nur über diese Gesprächsmöglichkeiten auf Bürgerebene können wir unseren Teil dazu beitragen, ungefilterte Informationen auszutauschen und uns weiterhin zu
verständigen.

Abgerufen am 07.12.2025 unter https://fdp-rtk.de/?p=2410